NR. 135 19.11.2013

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

TADEUSZ MAZOWIECKI – EINE WÜRDIGUNG

■ **ANALYSE**

Tadeusz Mazowiecki – Politik und Werte 2
Thomas Behrens, Warschau/Bonn

■ **DOKUMENTATION**

Beschluss des Senats der Republik Polen vom 29. Oktober 2013 zum Gedenken an Tadeusz Mazowiecki, den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Ostmitteleuropa 7

Wir haben nicht aufgehört zu kämpfen 8
Tadeusz Mazowiecki

Mazowiecki. Ein polnischer Christ schaut auf die Deutschen 9
Kazimierz Wóycicki

■ **CHRONIK**

Vom 5. bis zum 18. November 2013 10

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

FUNDACJA WSPÓŁPRACY POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCHES POLEN INSTITUT

Forschungsstelle Osteuropa

DGO ▶ Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

ANALYSE

Tadeusz Mazowiecki – Politik und Werte

Thomas Behrens, Warschau/Bonn

Zusammenfassung

Mit Tadeusz Mazowiecki ist in Polen einer der Gründerväter der Dritten Republik gestorben. Er wurde 86 Jahre alt. Als hervorragender Vertreter der jüngeren Generation der katholischen Intelligenz im kommunistischen Polen seit den 1950er Jahren und geistiger Vordenker der *Solidarność* war er einer der Hauptakteure bei der Moderation des Systemwechsels am Ende der 1980er Jahre. Anschließend legte er als Ministerpräsident der Jahre 1989/90 die Fundamente für ein freies Polen und machte sich maßgeblich um die Versöhnung und Verständigung mit Deutschland im europäischen Einigungsprozess verdient.

Am 28. Oktober 2013 starb Tadeusz Mazowiecki, der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens nach dem Zweiten Weltkrieg. Er war ein Europäer der ersten Stunde. Und er gilt als derjenige, der Polen nach dem Scheitern des Kommunismus 1989 als Regierungschef mit grundlegenden Reformen den Weg in die Freiheit und Unabhängigkeit ebnete.

In den letzten Wochen würdigten Politiker aus den politischen Parteien von links bis rechts, Intellektuelle und ehemalige Wegbegleiter den Menschen und Politiker Mazowiecki. Die polnischen Medien erinnerten ausführlich an das politische Lebenswerk des ersten Regierungschefs der Dritten Republik. Sein Charisma und seine moralische Integrität standen dabei im Mittelpunkt.

Erste Stellungnahmen wurden schon am Todestag selbst abgegeben. Staatspräsident Bronisław Komorowski würdigte den ehemaligen Ministerpräsidenten, der seit 2010 bis zuletzt als sein persönlicher Berater fungierte, für seinen entscheidenden Beitrag zum Wandel in Polen sowie zur Entwicklung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und ganz Europa. Regierungschef Donald Tusk bezeichnete Mazowiecki als einen der herausragendsten polnischen Politiker des 20. Jahrhunderts. Lech Wałęsa sagte, er sei der beste Ministerpräsident gewesen, den Polen bis heute gehabt habe.

Abschied

Den Höhepunkt der Gedenkfeierlichkeiten bildete am 3. November der von mehreren tausend Menschen gesäumte öffentliche Leichenzug von der Kapelle des Präsidentenpalastes über den *Krakowskie Przedmieście* zur Warschauer Johanneskathedrale. Unter Leitung des Metropoliten der Warschauer Erzdiözese, Kazimierz Kardinal Nycz, fand dort eine Trauermesse statt. Für die breite Öffentlichkeit wurde sie auf Videoleinwänden auf dem Schlossplatz sowie im polnischen Fernsehen übertragen, während in der Kirche die eingeladenen Gäste aus dem In- und Ausland von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Abschied nahmen.

Die Bedeutung Mazowieckis für Polen unterstreicht allein schon ein Blick auf die Liste der Trauergäste. Zu ihnen zählten neben dem Staats- und Ministerpräsidenten die Marschälle von Sejm und Senat, Ewa Kopacz und Bogdan Borusewicz. Die ehemaligen Präsidenten Polens, Lech Wałęsa und Aleksander Kwaśniewski, waren anwesend sowie – neben Freunden und Weggefährten wie Adam Michnik und Władysław Bartoszewski – die Riege ehemaliger polnischer Ministerpräsidenten, Jan Krzysztof Bielecki, Jerzy Buzek, Włodzimierz Cimoszewicz, Kazimierz Marcinkiewicz, Leszek Miller, Józef Oleksy, Waldemar Pawlak, Hanna Suchocka und – viel beachtet – Jarosław Kaczyński. Die Delegation ausländischer Gäste führte der Kommissionspräsident der Europäischen Union, José Manuel Barroso, an.

Während Kardinal Nycz Mazowiecki als Mann der polnischen, europäischen und der Weltkirche würdigte, unterstrich der Staatspräsident die Bedeutung des ehemaligen Regierungschefs als ehrenhafter Politiker. »Er hat gezeigt, dass man in der Politik gleichzeitig anständig und erfolgreich sein kann«, sagte Komorowski. In der Regierung Mazowiecki seien »die Fundamente für ein freies Polen gelegt« worden. Fürbitten in den Sprachen der Länder, in denen Mazowiecki aufgrund seines internationalen politischen Engagements besonders große Anerkennung genießt – vor allem in Deutschland, Frankreich, den USA und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien – reflektierten die Orientierung Mazowieckis auf Versöhnung und Verständigung zwischen verfeindeten Nationen. Kondolenzschreiben wurden verlesen, von Papst Franziskus über den Dalai Lama bis hin zu Barack Obama und Angela Merkel. Für die Familien seiner anwesenden Söhne und die junge Generation sprachen seine Enkel einen persönlichen Dank.

Medienecho – »Nasz Premier«

Ein Blick in die polnische Presse der vergangenen Tage lässt den gleichen Tenor zum Ausdruck kommen, dass Tadeusz Mazowiecki ein großer polnischer Staatsmann gewesen sei, ohne in der Politik jemals seine Menschlichkeit verloren zu haben. So werden seine Verdienste

für die Dritte Republik in Texten und Bildern erinnert sowie sein stetes Bestreben, die unterschiedlichsten Personen und politischen Gruppierungen zusammenzuführen. In Nachrufen und Kommentaren wird er als kluger, anständiger und bescheidener Politiker gewürdigt. Mit ihm sei einer der maßgeblichen Gründerväter des neuen, freien und demokratischen Polen verstorben. Lange habe er zu Unrecht in der Kritik gestanden.

Als Belege für das einmütige Medienecho lassen sich zahlreiche Schlagzeilen und Zitate anführen. So machte etwa die *Gazeta Wyborcza*, 1989 als *Wahlzeitung* der demokratischen Gewerkschaftsbewegung entstanden, am 29.10. mit einem ganzseitigen, schwarzweiß Portraitfoto des Verstorbenen auf. Sie titelte dazu lediglich »Tadeusz Mazowiecki 1927–2013«. Adam Michnik, ihr Chefredakteur und ehemaliger Weggefährte Mazowieckis in der *Solidarność*, überschrieb seinen Hauptkommentar mit »*Nasz Premier*« (Unser Premier), damit eine legendär gewordene Losung aus dem Sommer 1989 aufgreifend, als das »Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa« nach den ersten halbfreien Wahlen als politischer Sieger hervorgegangen war. Parallel kommentierte der Chefredakteur der *Rzeczpospolita* in großen Lettern: »Danke für Polen, Herr Tadeusz«. Die auflagenstärkste Boulevardzeitung *Fakt* titelte: »Der erste Ministerpräsident des freien Polen ist tot«.

Inhaltlich schließt sich die Berichterstattung und Kommentierung nahtlos an die Würdigungen der Politiker an. Beispielsweise heißt es in der *Rzeczpospolita*: »Solche Ministerpräsidenten gibt es nicht mehr«, und die Zeitung *Polska The Times* resümiert: »Wir verabschieden uns von einem einfachen Menschen«. Vor dem Hintergrund des geringen Ansehens der aktuellen polnischen Politik kommt darin die hohe Anerkennung für Mazowiecki zum Ausdruck, der einen selbstlosen Politikstil pflegte und stets Respekt im Umgang mit seinem politischen Gegenüber zeigte.

Jan Widacki charakterisiert Mazowiecki in der Wochenzeitung *Przegląd* als »guten Menschen« und »wahren Staatsmann«. Geleitet habe diesen der Glaube an die guten Absichten seiner politischen Mitstreiter und Opponenten, was nicht ausschloss, Widerspruch einzulegen, wenn etwas nicht mit seinen eigenen Werten übereinstimmte. Ebenso deutlich sei seine Haltung gewesen, die Interessen des Staates und der Nation höher zu stellen als Eigen- oder Parteiinteressen. Er habe sich nicht nach Umfragen gerichtet oder auf Mittel des Populismus und der Demagogie gesetzt, sondern sei auch für unpopuläre Wahrheiten eingetreten.

Mit Blick auf die kurze Amtszeit Mazowieckis kommt Tomasz Lis in *Newsweek Polska* zu der Einschätzung, mit Mazowiecki sei der Mensch zum zentralen Bezugspunkt und zum größten Sieger der Dritten Republik geworden. Mazowiecki hatte in dieser Phase die schmerzhafteste und erniedrigendste Niederlage erlitten, sie hatte darin bestanden, dass er in den ersten freien und direkten Präsidentenwahlen im Herbst 1990 gegen Lech Wałęsa und den »Mann aus dem Nichts«, den aus Peru eingereisten Geschäftsmann Stanisław Tymiński, verloren hatte. Wie viele andere Kommentatoren sieht auch Lis in der Bestattung in der Familiengrabstätte in Laski bei Warschau ein Symbol der Bescheidenheit Mazowieckis. In Anspielung auf die umstrittene Beisetzung Präsident Lech Kaczyńskis in Krakau 2010 formuliert er: »Wahre Größe braucht keinen Wawel«. Und er schließt mit der Bemerkung, Polen verdanke Mazowiecki das beste Vierteljahrhundert seiner Geschichte.

Ein Nachruf von besonderem Gewicht ist sicherlich der Kommentar von Adam Michnik in der *Gazeta Wyborcza*, gehörte er doch neben dem Journalisten Mazowiecki und dem Historiker Bronisław Geremek zu den intellektuellen Leitfiguren der Demokratiebewegung. In seinem Nachruf würdigt er den verstorbenen Ministerpräsidenten deshalb zu allererst als »Symbol der demokratischen Opposition und der *Solidarność*«. Er sei ein Aushängeschild des damaligen Polens gewesen, ein Kämpfer für die Freiheit und ein Mann des Dialogs, der auch mit Vertretern des anderen politischen Lagers (etwa Wojciech Jaruzelski oder Aleksander Kwaśniewski) das Gespräch gesucht habe. Mazowiecki habe auf Polen und die Welt ohne Komplexe und Selbstgefälligkeit geschaut. Er sei dabei ein Patriot geblieben, frei von staatlichen Egoismen und Nationalismus. Er sei ein Christ gewesen im Geiste des Zweiten Vatikanischen Konzils, der Päpste Johannes XXIII. und Johannes Paul II., des Gründers und Herausgebers der im damaligen Ostblock einzigartigen katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny*, Jerzy Turowicz, der Priester Jan Zieja und Józef Tischner.

Ein Leben für ein demokratisches Polen

Blickt man auf die Ereignisse und Nachrufe der vergangenen Tage zurück, so wird deutlich, wie außergewöhnlich Tadeusz Mazowieckis Lebensweg und wie bedeutend sein politisches Engagement für die demokratische und freiheitliche Entwicklung Polens war, das zwei, drei und mehr Jahrzehnte zurückliegt.

Bereits anhand der Auflistung Mazowieckis zahlreicher Aktivitäten bis zum Jahr 1989 lässt sich erahnen, welch einflussreiche Rolle er in der demokratischen Untergrundbewegung spielte. Geboren 1927 in Płock an der Weichsel, nahm er nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Jura-Studium in Warschau auf, das er nicht abschloss, woraufhin er von 1949 bis 1955 als Publizist für diverse Medien der *PAX Vereinigung* arbeitete. Dabei handelte es sich um eine Gruppe von Katholi-

ken, die von den kommunistischen Machthabern als systemtreuer Gegenpol zur katholischen Kirche gefördert wurde. Mazowiecki verließ *PAX* schließlich unter Protest, um sich danach der unabhängigen katholischen Gruppe um die Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* anzuschließen. 1956 gründete er den Warschauer *Klub der katholischen Intelligenz* (*KIK*) und war Mitbegründer der laienkatholischen Monatszeitschrift *Więź*, die er zwischen 1958 und 1980 als Chefredakteur leitete. Von 1961 bis 1971 saß er als Mitglied der *Znak*-Gruppe unabhängiger katholischer Abgeordneter im Sejm. Ferner hielt er in den 1970er Jahren als Dozent der *TKN* (Gesellschaft für Wissenschaftliche Kurse) Vorlesungen im Untergrund, bevor er 1980 in Danzig engster Berater Lech Wałęsas beim *MKS*, dem Überbetrieblichen Streikkomitee, wurde.

Nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 büßte er für seine Tätigkeiten in den Reihen der *Solidarność* mit einer einjährigen Internierungshaft, nach der er seine publizistische Tätigkeit im Untergrund fortsetzte. Schließlich leitete er 1989 (wie bereits 1981) als Chefredakteur die Wochenzeitung *Tygodnik Solidarność* und nahm von Februar bis April 1989 als Vertreter der wiederzugelassenen Gewerkschaft an den Gesprächen am Runden Tisch teil.

Die Kraft für seine politische Arbeit schöpfte er zweifelsohne aus seiner tiefen religiösen Überzeugung und den intellektuellen Debatten in den Redaktionen sowie im *KIK*. Darüber hinaus spiegeln der Werdegang ab den 1950er Jahren und der Bruch mit *PAX* deutlich seine gedankliche Abkehr vom Sozialismus wider. Die repressive Politik des Machtapparates war ihm Antrieb, seine Vision eines demokratischen Polen schon früh aktiv zu verfolgen. Einfach wird dies nicht gewesen sein, da er sich in Diskussionsrunden oftmals wegen seines frühen Engagements in der *PAX*-Bewegung rechtfertigen sollte. Doch er bekannte sich immer dazu und sagte einmal: »Wir glaubten, dass sich der Sozialismus in Polen humanisieren ließe und hielten an dieser Linie lange fest.« Und weiter: »Zweifellos war das eine Zeit der Irrtümer, an denen auch ich teilhatte, die aber nicht das Ergebnis einer unredlichen Einstellung waren. Ich besaß damals nicht genügend politischen Orientierungssinn, um mir vorstellen zu können, wie niederträchtig sich diese Organisation später verhalten würde.« Was er über Anfeindungen niemals verlor, war seine ausgeprägte Fähigkeit, zuzuhören und das Gute im Gegenüber zu suchen, solange es nicht zu den humanistischen Werten in Widerspruch stand. So entwickelte sich Mazowiecki über die Jahrzehnte in den Reihen der Opposition zu einer moralischen Autorität und zu einem bedeutenden intellektuellen Repräsentanten des linksbürgerlich-katholischen Polen. Besonders hilfreich war Mazowiecki hierbei zweierlei.

Zum einen gewährte Mazowiecki vor allem die katholische Kirche entscheidenden Beistand. Zweifellos der mächtige Schirm für die Opposition, bedeutete sie für ihn Freiraum und geistige Heimat. Als Bestätigung hierfür lässt sich etwa ein Treffen Mazowieckis mit Stefan Kardinal Wyszyński 1976 in Gnesen nennen. Wie Kazimierz Wóycicki sich erinnert, versicherte das Kirchenoberhaupt bei dieser Gelegenheit Mazowiecki als wichtigster Person des *Więź* seine vollständige Unterstützung. Zum anderen war für Mazowiecki die *Znak*-Bewegung von maßgeblicher Bedeutung. Zu ihr gehörten sowohl der *Tygodnik Powszechny* und die Zeitschriften *Znak*, *Więź* sowie die kleine Abgeordnetengruppe des *Znak* im Sejm als auch die zahlreichen regionalen Klubs der katholischen Intelligenz. Im Warschauer *KIK* etwa waren über 3000 Mitglieder organisiert. Das dort versammelte politische Spektrum reichte von christlichen Demokraten bis zu Nationaldemokraten unterschiedlichster Färbung. Ein gemeinsamer Nenner, auf den sich alle in Rahmen des *KIK* verständigen konnten, war der Katholizismus und die Kirche.

Mann des Dialogs

Dies war der politische Hintergrund, vor dem Mazowiecki effektiv agieren konnte, zumal er in diesem Kreis mit der Zeit eine unbestrittene Position einnahm und das Regime die enorme Wirkung der Klubs unterschätzte.

Auf der Grundlage der Erfahrung der Zwischenkriegszeit diskutierten die Mitglieder über die polnische Politik und Gesellschaft sowie die demokratische Öffnung des Systems. Mazowiecki erwies sich in dieser Gesellschaft als zukunftsorientierter politischer Pragmatiker, der zu der Erkenntnis gelangte, dass notwendige Kompromisse und ausgleichende Positionen eher zum Ziel führen als das Beharren auf nicht durchsetzbaren Prinzipien.

Auf diese Weise gelang es ihm, in den 1970er Jahren als Vordenker den Balanceakt zwischen kluger Zurückhaltung zur Bewahrung von Freiräumen auf der einen und Opportunismus oder gar Kollaboration auf der anderen Seite zu meistern. Außerdem war er mit seiner Haltung prädestiniert, 1980 in verantwortlicher Schlüsselposition als Berater die Verhandlungen mit den kommunistischen Machthabern in Danzig zu führen, in deren Folge Mitstreiter wie Adam Michnik, die eine wesentlich unnachgiebigere politische Haltung gegenüber dem Regime vertraten, aus der Haft entlassen wurden. Mitte 1989 schließlich war es erneut »der Mann des Dialogs«, Tadeusz Mazowiecki, der sich in den Dienst Polens stellte und sich zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten wählen ließ.

Mazowiecki, der Ministerpräsident

Dass die Personalwahl in den Reihen der *Solidarność* 1989 auf Mazowiecki zulief, war der schwierigen politischen Situation nach den halbfreien Wahlen geschuldet. General Jaruzelski, der gerade erst dank der neuen demokratischen Opposition zum Staatspräsidenten gewählt worden war, hatte General Kiszczak als neuen Ministerpräsidenten nominiert. Zwar hatte schon am 3. Juli Adam Michnik in der *Gazeta Wyborcza* die Parole »Euer Präsident, unser Premier« ausgegeben, doch nun drohte, dass alle wichtigen Ämter mit kommunistischen Generälen besetzt werden würden, die noch wenige Jahre zuvor die Durchsetzung des Kriegsrechts befehligt hatten. Als sich die Krise um die Regierungsbildung daraufhin zuspitzte, konnte die *Solidarność* über ihre Vertreter im Sejm, die *OKP* (Bürgerkomitee), die bisherigen Blockparteien *ZSL* und *SD* zu sich herüberziehen und Mazowiecki als Ministerpräsidenten durchsetzen, weil er als gemäßigt und vorsichtig galt und Verhandlungserfahrung mit den Kommunisten aus dem Jahr 1980 und vom Runden Tisch besaß. Nicht ohne Ironie ist dabei, dass Mazowiecki nicht einmal Abgeordneter des Sejm war. Er hatte sich geweigert, für das »Bürgerkomitee« zu kandidieren, nachdem er diesem die demokratische Legitimität abgesprochen und die Auswahlkriterien bei der Kandidatenwahl nicht akzeptiert hatte. Nun aber nahm Mazowiecki pflichtbewusst am 24. August 1989 die Regierungsverantwortung auf sich. Das Foto von Tadeusz Mazowiecki, das ihn mit hoch erhobener Hand, die das Victoryzeichen zeigt, abbildet, ist eine Ikone geworden.

Die Regierung Mazowiecki war anfangs von hohen Popularitätswerten getragen. Es stellte sich aber bald heraus, wie belastend die notwendigen Reformen für die Bevölkerung in der Anfangsphase werden würden. Mazowiecki kann daher rückblickend nicht hoch genug angerechnet werden, mit welcher Vernunft und Konsequenz er die Fundamente legte, denen das heutige Polen – wie Komorowski bilanzierte – seine erfolgreiche Entwicklung seit 1989 verdankt.

Mit seinem Pragmatismus erwarb er sich schon während der komplizierten Koalitionsverhandlungen den Respekt der unterschiedlichen politischen Lager. Nach der erfolgreichen Bildung des Kabinetts – zusammengesetzt aus »Bürgerkomitee«, *ZSL*, *SD* und vier Ministern der *PZPR* – kündigte er in seiner Regierungserklärung radikale Reformen an. Er bekämpfte mit seinem Finanzminister Leszek Balcerowicz die einsetzende Inflation, veranlasste zum Jahresende die Reform der Verfassung und setze eine Dezentralisierung der Verwaltung durch. Vor allem segnete er den Balcerowicz-Plan ab, der ab Januar 1990 wie eine »Schocktherapie« für das Land wirkte. Das kurzfristige Ergebnis war, dass die Reallöhne um 24 % fielen und die Arbeitslosigkeit stieg. Als Folge kam es ab Frühjahr 1990 zu lauten gesellschaftlichen Protesten.

Die Stimmung kehrte sich folglich gegen die Regierung. Die Gesellschaft konnte mit den langfristig vollkommen richtigen, aber drastischen Maßnahmen nicht Schritt halten. Parallel verspürte Polen aufgrund der folgenden vollständig freien Wahlen in anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten allmählich ein demokratisches Vollzugsdefizit. Als dann schließlich angesichts der Auflösung der *PZPR* die Anhänger der »Beschleunigung« noch radikalere Reformen des Justizwesens und des politischen Systems anmahnten, verschärfte sich der Druck zusehends. Wałęsa versagte der Regierung die Gefolgschaft, prangerte die Unerträglichkeit der Situation an und kandidierte bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Als Mazowiecki, der ebenfalls für das Präsidentenamt kandidierte, völlig überraschend nicht die zweite Wahlrunde erreichte, trat er am 26. November 1990 als Ministerpräsident zurück.

Mazowieckis Verdienst in den 15 Monaten seiner Amtszeit besteht zweifellos darin, dass er Polen als Regierungschef in einer politisch wie wirtschaftlich schwierigen Transformationsphase Orientierung gegeben hat. Grundlage hierfür war sein unbeirrbares Bestreben, den Ausgleich zwischen den politischen Gruppierungen der noch jungen und unerfahrenen Dritten Republik zu suchen.

Heftige Kritik wiederfuhr ihm dennoch ab Mitte 1990 immer wieder aufgrund einer berühmt gewordenen Formulierung in seiner Regierungserklärung. Vor dem Sejm machte er die Aussage, dass »wir unter die Vergangenheit einen dicken Strich ziehen werden«. Seine politischen Gegner beschuldigten ihn, bewusst falsch und instrumentalisierend, er wolle die Täter unter den Ex-Kommunisten straflos davonkommen lassen. Tatsächlich war dies nicht seine Absicht. Doch gerade seine zurückhaltende Reaktion hierauf – auch noch in späteren Jahren – lässt den Grund für seine nur so kurze Amtszeit erkennen: Mazowiecki war kein Machtpolitiker, kein »Alphatier« des politischen Betriebs. Er drängte sich nie in den Vordergrund und war eigentlich nur an politischen Inhalten interessiert. Der Ausspruch Max Webers, wonach Macht sich definieren lässt als »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht« war für den ersten Ministerpräsidenten der Dritten Republik keine Maxime seines politischen Handels.

Mazowiecki zog es vor, moralisch integer Politik zu gestalten und regierte auf der Basis gegenseitigen Vertrauens. Er zollte Respekt, handelte nach reiflicher Überlegung und auf der Grundlage von Vernunft und festen

Werten. Auf mittlere Sicht erwies es sich dann auch als richtig, dass gerade er, der sich der katholischen Soziallehre verpflichtet sah und soziale Politik anstrebte, Polen die radikalen Reformen des Balcerowicz-Plans zumutete – auf Kosten seiner eigenen Popularität. Doch je länger seine Regierungszeit zurückliegt, desto mehr ist auch die Anerkennung in Polen gestiegen.

Versöhnung mit Deutschland in einer europäischen Perspektive

Was das Ansehen Mazowieckis überdies bis heute prägt, ist, dass er es in den wenigen Monaten als Ministerpräsident vermochte, Polen auch den Weg »nach Europa« zu ebnen. Vor allem die Aussöhnung mit Deutschland hat er maßgeblich vorangetrieben. Seine Verdienste in diesem Zusammenhang sind sowohl die Einbeziehung Polens in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Juli 1990, als es in der Verhandlungsrunde in Paris um die Grenzfrage ging, als auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch das vereinigte Deutschland im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom November 1990. Auch die so nachhaltig verpflichtenden Inhalte des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags von 1991 sind wesentlich Mazowiecki zuzurechnen. So merkt etwa Paweł Moras, der heutige polnische Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, mit Blick auf die Jugendaustauschprogramme an, dass grenzüberschreitende Aufgaben wie diese bereits maßgeblich durch die Regierung Mazowiecki ausgearbeitet wurden.

Zum Schlüsselbild der deutsch-polnischen Versöhnung wurde der Friedensgruß von Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl in Kreisau (Krzyżowa) am 12. November 1989. Hierzu lässt sich allerdings sagen, dass es Mazowiecki nicht primär um ein Foto in den Geschichtsbüchern ging. Es war eher der Instinkt des deutschen Kanzlers, die Gunst des Augenblicks beim Friedensgruß während der Messe zu nutzen, so dass dieser Geste bis heute eine solche historische Aufmerksamkeit zuteilwird. Dem polnischen Ministerpräsidenten war währenddessen vielmehr bewusst, dass dieses Zeichen ein katholischer Ausdruck der Versöhnung ist. Das persönliche Verhältnis der Staatsmänner Mazowiecki und Kohl hingegen war aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Temperamente eher von Misstrauen als von Sympathie geprägt.

Wesentlicher ist, dass Mazowiecki schon seit den 1950er Jahren die Aussöhnung mit Deutschland sehr am Herzen lag. Dies entsprang zum einen der politischen Ratio weitsichtigen Denkens eines Mannes, dem früh bewusst war, dass die Freiheit Polens eng mit der deutschen Wiedervereinigung verknüpft sein würde. Deshalb beharrte er 1990 so entschlossen auf der Anerkennung der bestehenden Grenze, wohl wissend, dass Kohl dem nur aus innenpolitischen Motiven lange auswich. Zum anderen gründete Mazowieckis Werben für die Versöhnung mit Deutschland auf seinem christlichen Menschenbild. Er wollte den Hass der beiden Nachbarvölker überwinden. Er dachte jedoch im außenpolitischen Kontext auch immer über Deutschland hinaus. So diskutierte er etwa schon in den 1970er Jahren in der *Więź*-Redaktion mit Freunden über ein kontinentales Zentrum, bestehend aus Polen, Deutschland und Frankreich. Das Projekt des Weimarer Dreiecks sollte er 20 Jahre später mitanstoßen.

Mazowieckis Aktivitäten ab 1990

Blickt man abschließend auf Mazowieckis politische Tätigkeiten nach seinem Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten, bleibt festzuhalten, dass er von 1990 bis 1995 Parteivorsitzender der liberalen *Unia Demokratyczna* bzw. deren Nachfolgepartei, der *Unia Wolności,* war. Von 1992 bis 1995 hatte er das Amt des UN-Sonderbotschafters für den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien inne, wo er, so Janusz Reiter, »als politischer Moralist mit den harten zynischen Realitäten der Politik konfrontiert« war. Nach dem Massaker von Srebrenica, bei dem bosnisch-serbische Truppen im Juli 1995 rund 8000 Männer und Jungen ermordeten, trat er wegen der Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft von diesem Amt zurück. Er blieb zunächst Sejmabgeordneter bis 2001, um sich 2005 nochmals als Mitglied und Spitzenkandidat der sozialliberalen *Partia Demokratyczna* zu engagieren.

Ein durchschlagender politischer Erfolg war Mazowiecki in diesen Jahren nicht mehr beschieden. Aber er blieb bis zuletzt politisch aktiv, ohne sich in den Vordergrund zu stellen. Über die Spaltungen und Anfeindungen innerhalb des ehemaligen *Solidarność*-Lagers sowie die aufkommenden nationalistischen Töne und Streitigkeiten in der aktuellen polnischen Politik war Mazowiecki, der »Mann des Ausgleichs«, tief besorgt. Er nahm dennoch regelmäßig an politischen Diskussionsveranstaltungen teil. Gewicht hatten seine Auftritte dabei – weit über seine formale Position hinaus – aufgrund seiner persönlichen und charismatischen Autorität. Und entsprechend zufrieden resümierte er zuletzt: »Was für ein Geschenk des Schicksals war es für mich, dass ich die Gelegenheit hatte, Einfluss auf die Geschichte zu nehmen.«

Angaben zum Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor
Thomas Behrens, Politologe, war zuletzt als Assistent am Instytut Spraw Publicznych (ISP) in Warschau tätig. Er verfasst wissenschaftliche Analysen und Kommentare in den Bereichen *Politische Bildung* und *Internationale Beziehungen* u. a. für das Centrum Stosunków Międzynarodowych (CSM) und das Instytut Obywatelski.

DOKUMENTATION

Beschluss des Senats der Republik Polen vom 29. Oktober 2013 zum Gedenken an Tadeusz Mazowiecki, den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Ostmitteleuropa

Der Senat der Republik Polen erweist dem am 28. Oktober 2013 verstorbenen Tadeusz Mazowiecki seine Ehrerbietung, dem ersten Ministerpräsidenten der Dritten Republik und zugleich ersten nichtkommunistischen Regierungschef in den Ländern des nach dem Krieg entstandenen Ostblocks, dem Mitgestalter politischer und wirtschaftlicher Reformen von historischer Bedeutung für Polen, dem herausragenden, moralischen Grundsätzen treuen Politiker, dem mit Visionen, Klugheit und Mut beschenkten Staatsmann und Träger des Ordens des Weißen Adlers.

Wir geben unserer Dankbarkeit für Tadeusz Mazowieckis langjährige publizistische, parlamentarische und oppositionelle Tätigkeit Ausdruck, für seine unerschütterliche Haltung als Vertreter der katholischen Gemeinschaft in der Zeit der Volksrepublik, für intellektuelle Inspirationen, für den Mut, zur Verteidigung der Benachteiligten und Streikenden aufzutreten – trotz gegen ihn selbst gerichteter Repressionen –, für seinen Anteil an der Entstehung der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność*.

Der klugen Führung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki verdanken wir, gut durch die schwierigen Zeiten der großen Systemveränderungen gekommen zu sein.

Wir neigen das Haupt vor Tadeusz Mazowiecki und seiner Treue zu den von ihm bekannten Werten, seiner Ehrlichkeit im öffentlichen Leben. Er bewies sie vor der Weltöffentlichkeit, als er als Zeichen seines Protestes gegen die Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft gegenüber den Verbrechen des Bürgerkrieges in Bosnien-Herzegowina sein Mandat als Sonderbotschafter der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien niederlegte. Damals sagte er: »Ich gebe damit ein Zeugnis, dass Ehrlichkeit über abstruser Diplomatie stehen muss, für die die Worte über die Verteidigung der Menschenrechte aufhören, etwas zu bedeuten. Dieser Auffassung bin ich als Mensch, aber auch als Christ, der auf diese Weise Zeugnis ablegt. Ich habe nichts Großes vollbracht. Ich habe so gehandelt, wie es mir mein Gewissen gebot.« Diese Stimme des Gewissens hat die Welt schließlich gehört.

Der Senat der Republik Polen ehrt das Andenken Tadeusz Mazowieckis – eines großen Patrioten, Politikers, Staatsmannes.

Der Beschluss unterliegt der Bekanntmachung im Amtsblatt der Republik Polen, *Monitor Polski*.

Der Senatsmarschall
Bogdan Borusewicz

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate
Quelle: <http://www.senat.gov.pl/download/gfx/senat/pl/senatuchwaly/1660/plik/479-3.pdf> *(abgerufen am 12.11.2013)*

Wir haben nicht aufgehört zu kämpfen

Tadeusz Mazowiecki

Ich möchte meine tiefe Dankbarkeit für die Auszeichnung zum Ausdruck bringen, die heute der »Solidarność« verliehen wird. Den unserer Gewerkschaft zuerkannten Freiheitspreis der Kurt-Schumacher-Stiftung verstehen und empfinden wir als einen Akt der Solidarität mit allem, was uns teuer ist und worum zu kämpfen wir nicht aufgehört haben.

In unserer Zeit wurde zur großen Frage, besonders im zweigeteilten Europa, wie in der Welt, in der wir leben und deren Teilung kein tödlicher Kampf überwinden wird, auf unserer Seite dieser Welt eine Bewegung in Richtung Freiheit möglich ist. Für uns und für andere in unserem Teil Europas lebende Völker ist dies eine fundamentale Frage, die darüber entscheidet, wie wir heute sind und wie wir morgen sein werden. Ich glaube, daß aber auch in dem Teil Europas, zu dem Sie gehören, diese für uns so wichtige Frage nicht etwas ist – oder jedenfalls nicht sein sollte –, das bloß als ein von weitem herüberdringender Ruf vernommen werden sollte. Auch über Probleme des Friedens, mit dem größere menschliche Zuversicht einhergehen könnte, oder über die Angelegenheiten Europas, in dem das Gefühl der Gemeinsamkeit nicht vom Zerfall bedroht wäre, kann man nur dann ernsthaft denken und glaubwürdig sprechen, wenn man sich des Gewichts dieser Frage wirklich bewußt ist.

Zusammen mit dieser Frage stellt sich jedoch eine weitere, nicht minder wesentliche Frage, die jene erste ergänzt. Es ist die Frage danach, was in diesem Prozeß, der unsere Freiheit erweitern könnte, am bedeutungsvollsten ist, worin vor allem Hoffnung zu suchen ist. Eine Antwort auf diese Frage ohne Illusionen und ohne Vorurteile zu suchen ist wichtig. Deshalb sollte nicht die Bedeutung dessen übersehen werden, was unter unseren Bedingungen eine größere Öffnung der Machtstrukturen für die Erwartungen und das Streben der Menschen bewirken könnte. Trotz schlimmer Erfahrungen wäre es töricht zu glauben, daß in dieser Beziehung die Geschichte schon das letzte Wort gesprochen hat. Die Geschichte hat uns aber auch gelehrt, daß unsere Stärke nur in etwas anderem ihre Quelle haben kann. Alle unsere Erfahrungen beweisen, daß es am wichtigsten ist, wie der Mensch ist und wie es um seine innere Freiheit steht; wie die Gesellschaft ist und wie weit ihr Bewußtsein entwickelt ist, daß sie nicht nur Objekt fremden Handelns, sondern Subjekt ihres eigenen Schicksals ist. Unsere ganze Erfahrung zeigt nämlich, daß der Freiheitsraum nur unter dem Druck authentischer Initiativen in der Gesellschaft erweitert werden kann, wie er auch nur unter diesem Druck auf Dauer erhalten bleibt.

Der Weg der »Solidarność« war ein neuer, noch ungebahnter Weg. Diese Bewegung der arbeitenden Menschen, gleichsam von Natur antitotalitär ausgerichtet, wenn man die Entstehungsgeschichte und die Umstände, unter denen sie arbeitete, betrachtet, diese Bewegung kämpfte nicht nur gegen etwas, sondern vor allem für etwas. Es ging um Mitwirkungsrechte, weil die Menschen fühlten, daß ihnen diese Mitwirkung verwehrt wurde. Mitwirkung, Mitentscheidung waren und sind für diese Bewegung Ausdruck der Freiheit.

Dieser Weg besteht fort. Denn die »Solidarność« gehört nicht nur der Vergangenheit an. Große Kapitel der Geschichte werden nicht abgeschlossen, ohne zugleich neue zu eröffnen. Einmal errungene Rechte schlagen Wurzeln in den Seelen der Menschen, und dieses Gefühl drängt nach Verwirklichung. Einmal errungene Rechte schaffen eine neue Qualität der Gesellschaft, setzen Maßstäbe für das Streben der Menschen wie für unumgängliche Veränderungen.

Das, worum wir kämpfen, gehört zu den grundlegenden Menschenrechten. Es ist eine wichtige Tatsache, daß im Laufe der letzten etwa fünfzehn Jahre die Idee der Menschenrechte ihre Bedeutung wiedergewonnen hat. Man versteht unter diesem Begriff jedoch immer noch eher den Widerstand gegen extreme Akte der Gewalt gegenüber Individuen. Wir sind die letzten, die dies nicht gebührend zu schätzen wissen. Zu den Menschenrechten gehört aber auch all das, was z. B. die Meinungs- oder die Vereinigungsfreiheit ausmacht.

Wir hoffen, daß unser Kampf von der öffentlichen Meinung in Europa und der Welt durch ein ebensolches Verständnis der Menschenrechte unterstützt wird; der Rechte des arbeitenden Menschen, der Rechte der Gesellschaften, der Rechte der Völker. Europa wird nicht Europa bleiben, wenn es nicht für die so verstandenen Menschenrechte kämpfen und diese nicht zum Programm erheben wird, das von Weitsicht getragen ist und die Werte unserer gemeinsamen Kultur zum Ausdruck bringt.

26. September 1987, aus Anlass der Verleihung des Freiheitspreises der Kurt-Schumacher-Stiftung an die Gewerkschaft »Solidarność«

Quelle: Tadeusz Mazowiecki, Partei nehmen für die Hoffnung. Über die Moral in der Politik.
© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 1990

Mazowiecki. Ein polnischer Christ schaut auf die Deutschen

Kazimierz Wóycicki

Ab Ende der 1950er Jahre, also ab dem Zeitpunkt, an dem man davon ausgehen muss, dass Tadeusz Mazowiecki die Grundlage seiner politischen Haltung entwickelte, wird er zum Fürsprecher der polnisch-deutschen Versöhnung, und zwar nicht nur der Verbesserung der polnisch-deutschen Beziehungen, sondern der Umsetzung einer grundlegenden Wende in ihnen. Offenbar gab es hierfür zwei Voraussetzungen.

Die eine war vor allem politischer Natur. Die polnisch-deutsche Versöhnung war für den zukünftigen Ministerpräsidenten eine unerlässliche Bedingung dafür, dass Polen seine Selbständigkeit wiedererlangen und sich die unglückselige geopolitische Situation verändern wird. Das nach Westen verschobene Polen, ein Drittel des Territoriums auf ehemaligem deutschem Gebiet, schien eine Geisel Moskaus zu sein. Die real existierenden, aber auch unablässig von den Machthabern der Volksrepublik propagandistisch hervorgehobenen revisionistischen Tendenzen der Bundesrepublik Deutschland sollten dazu bewegen, unter den Fittichen des Großen Bruders zu bleiben. Dies war vielleicht das wichtigste Argument der Legitimierung der kommunistischen Machthaber in Polen. Jeder Schritt in Richtung Annäherung an die Deutschen hat also diese Legitimierung geschwächt und war insofern eine Annäherung an den Westen.

Klar war, dass der Weg hin zu besseren Beziehungen mit den Deutschen schwierig werden würde. Der damalige Redakteur des Magazins *Więź* suchte in Deutschland Dialogpartner für eine lange Stecke. Er fand sie im westdeutschen *PAX Christi* und dem *Bensberger Kreis* sowie in Günter Särchen und der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* in Ostdeutschland. In den 1960er und 70er Jahren schienen dies marginale und politisch bedeutungslose Kreise zu sein. Erst nach Abschluss des Warschauer Vertrages vom Dezember 1970 konnte man von den Mitgliedern des *PAX Christi* als Pionieren der Versöhnung sprechen. Im Falle von Günter Särchen war es eindeutig, dass er als Oppositioneller in Ostdeutschland am Rande der großen Politik bleiben würde. Mazowiecki wollte jedoch immer Politik mit Menschen guten Willens betreiben und Politik, die auf Hoffnung gründet und nicht nur auf den Bedingungen der Realpolitik.

Die Zeit, unmittelbar an der großen internationalen Politik teilzunehmen, kam für den nunmehr ehemaligen Redakteur von *Więź* und des *Tygodnik Solidarność* im Jahr 1989. Der Moment war auch deshalb von historischer Bedeutung, weil sich damals das Schicksal Deutschlands entschied. Er war Befürworter der deutschen Vereinigung, stellte aber gleichzeitig eindeutige Bedingungen, wozu die bedingungslose Anerkennung der territorialen Integrität der Republik Polen gehörte. Es scheint nicht so, als hätte Bundeskanzler Kohl bezüglich der Grenze Zweifel gehabt, allerdings wollte er die Angelegenheit bedingt durch die innenpolitische Situation auf für sich bequeme Art und Weise regeln. Mazowiecki erwies sich als harter Verhandler, der keine zweideutigen Situationen zuließ. Auf diese Weise schuf er auch die Voraussetzung für die weiteren gutnachbarlichen Beziehungen. Die Versöhnungsgeste in Kreisau (Krzyżowa) erwies sich infolge dessen als bedeutungsvoll, obgleich sich beide Politiker, Kohl und Mazowiecki, nie sympathisch fanden und ihr gegenseitiges Misstrauen bewahrten.

Bestimmender Faktor für Tadeusz Mazowieckis Haltung Deutschland gegenüber war nicht nur die Politik. Als Christ wollte er nicht Hass als gemeinsame Beziehung zwischen Menschen und Gesellschaften akzeptieren. Allerdings waren Antipathie und häufig Hass nach dem Krieg verbreitete Gefühle in der Einstellung der Polen und der Deutschen. Eine Voraussetzung dafür war, auf der jeweils anderen Seite nur ein Kollektiv im Lichte von Stereotypen zu sehen und nicht individuelle Menschen und ihre Gesichter.

Will man das Denken von Tadeusz Mazowiecki über das deutsche Problem erfassen, muss unbedingt an die von *Więź* herausgegebene Sammlung von Texten des von den Nazis hingerichteten Theologen Dietrich Bonhoeffer erinnert werden sowie an ein Buch, das Mazowiecki intellektuell ungeheuer nahe war, und zwar »Der Christ im Dritten Reich« von der heute etwas in Vergessenheit geratenen Publizistin Anna Morawska. Beide Bücher, die er selbst herausgegeben hat, gaben auch von den tiefsten Schichten seiner ideellen Einstellung Zeugnis. Es ging nicht nur um die Gestalt des guten Deutschen als Gegenbeispiel zum negativen Stereotyp. Die Person Bonhoeffer erscheinen zu lassen, war das Überschreiten einer künstlichen Grenze bei der Einteilung in Polen und Deutsche. Der deutsche Theologe wurde ein Partner in ein und derselben universalen Frage nach dem Widerstand des Einzelnen gegen eine Diktatur. Polen und Deutsche sollte der moralische Imperativ verbinden – der Christ im Dritten Reich hatte seine Entsprechung im Christen im Kommunismus – und nicht die schlechte und düstere Vergangenheit trennen. Dietrich Bonhoeffer war für Mazowiecki eine ungeheuer wesentliche Persönlichkeit, und er unternahm große Anstrengungen für die Herausgabe beider Bücher, wobei er die Zensur überwand.

Unbedingt erinnernswert ist auch, dass Mazowiecki die deutsche Frage in einem größeren europäischen Kontext betrachtete. Der Gedanke, der später mit der Gründung des »Weimarer Dreiecks« Früchte tragen wird, ist in den Dis-

kussionen um *Więź* herum bereits in den 1970er Jahren präsent. Gesprochen wird über den Bedarf, ein Zentrum des europäischen Kontinents zu schaffen, zu dem Frankreich, Deutschland und Polen gehören sollen. Für die Anhänger der Realpolitik konnte das damals wie ein Plan, der auf Entwicklung konzipiert ist, wirken, ähnlich wie die Versöhnung mit Deutschland in die fernere Zukunft verlegt werden sollte. Auch Tadeusz Mazowiecki konnte nicht die Zeit vorhersehen, in der sich dieses Gedanken realisieren würden, jedoch war er ein Politiker der Hoffnung. Er dachte in der Kategorie der Hoffnung und war bestrebt, Politik mit Menschen guten Willens zu gestalten. Dies erwies sich überraschend als außerordentlich wirksam.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <http://kazwoy.wordpress.com/2013/11/10/mazowiecki-polski-chrzescijanin-patrzy-na-niemcy-wspomnienia-6/> *(abgerufen am 18.11.2013) sowie in: Tygodnik Powszechny, Nr. 45 (10.11.2013). S. 18.*

CHRONIK

Vom 5. bis zum 18. November 2013

05.11.2013	US-Außenminister John Kerry trifft sich in Warschau mit Ministerpräsident Donald Tusk. Thematisiert werden die bilaterale Zusammenarbeit, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA und die EU-Ostpolitik. Weitere Treffen finden mit Staatspräsident Bronisław Komorowski und Außenminister Radosław Sikorski statt.
06.11.2013	In einem Radiointerview nennt Außenminister Radosław Sikorski als Hauptthema des Gesprächs mit dem US-amerikanischen Außenminister John Kerry am Vortag in Warschau den Einkauf militärischer Ausrüstung für die polnischen Truppen. Als NATO-Außengrenze habe Polen besondere Verantwortung für seine Verteidigung. Außerdem weist Sikorski darauf hin, dass die Aussagen von Edward Snowden, ehemaliger Mitarbeiter des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA, über dessen großangelegte Abhöraktivitäten, die auch europäische Regierungschefs betreffen sollen, nicht überprüfbar seien. Snowden, der sich zurzeit im Exil in Russland befindet, gebe seine Informationen unter der Kontrolle eines nicht verbündeten Staates preis.
07.11.2013	NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen trifft sich in Warschau mit Ministerpräsident Donald Tusk. Die Entscheidung Polens, in den kommenden Jahren 140 Mrd. Zloty in die Ausrüstung der Armee zu investieren, lobt er als gute Nachricht für die NATO. Ausdrücklich dankt Rasmussen Polen für sein beständiges Engagement im Bündnis. Anfang November hatte in Polen und den baltischen Ländern das große Herbstmanöver der NATO stattgefunden.
08.11.2013	Polen setzt wegen des in der kommenden Woche beginnenden UN-Klimagipfels in Warschau das Schengenabkommen für zwei Wochen außer Kraft. Damit soll verhindert werden, dass gewaltbereite Demonstranten zur Klimakonferenz nach Polen einreisen.
10.11.2013	In Warschau findet ein Gedenkmarsch aus Anlass des Nationalfeiertags der Unabhängigkeit (11.11.1918) mit einigen Tausend Teilnehmern statt, der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) organisiert wird. Parteichef Jarosław Kaczyński kritisiert in seiner Ansprache, dass es in Polen die Tendenz gäbe, Polens Souveränität zugunsten eines föderalen Europa aufzugeben.
11.11.2013	Aus Anlass des 95. Jahrestages der Unabhängigkeit (11.11.1918) findet in Warschau unter der Schirmherrschaft von Staatspräsident Bronisław Komorowski ein Gedenkmarsch unter dem Motto »Gemeinsam für das unabhängige [Polen]« statt, an dem einige Zehntausend Personen teilnehmen. Bei dem von der nationalistischen Gruppierung Nationale Bewegung (Ruch Narodowy) organisierten »Marsch der Unabhängigkeit« kommt es zu Gewaltakten, u. a. gegen die Botschaft der Russländischen Föderation in Warschau. Es gibt Verletzte unter den Demonstranten und den Polizisten, 72 Randalierer werden festgenommen. In Krakau legt Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), auf dem Wawel Blumen auf den Grabstätten von Józef Piłsudski, Staatschef der 1918 entstandenen Zweiten Polnischen Republik, und seinem Bruder Lech Kaczyński, Staatspräsident von 2005 bis 2010, nieder.
11.11.2013	In Warschau beginnt die zweiwöchige UNO-Klimakonferenz. Experten aus fast 200 Staaten beraten über einen neuen Klimavertrag.

12.11.2013	Das russische Außenministerium bestellt den Botschafter der Republik Polen in Moskau ein. Hintergrund sind die gewalttätigen Übergriffe auf die Botschaft der Russländischen Föderation in Warschau am Vortag.
13.11.2013	In einem Radiointerview kündigt Staatspräsident Bronisław Komorowski eine offizielle Entschuldigung für die Gewalt von Demonstranten gegenüber der Botschaft der Russländischen Föderation in Warschau am Tag der Unabhängigkeit (11.11.) an. Der große Schaden für das Ansehen Polens sei bereits eine Tatsache. Komorowski kündigt weiter die Überarbeitung des Demonstrations-, insbesondere des Vermummungsrechtes an.
13.11.2013	Regierungssprecher Paweł Graś teilt mit, dass Ministerpräsident Donald Tusk keinen Anlass für die Entlassung von Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz wegen der Ausschreitungen gegen die Botschaft der Russländischen Föderation in Warschau bei einer Demonstration am Tag der Unabhängigkeit (11.11.) sieht.
14.11.2013	Der Direktor von Greenpeace Polen, Maciej Muskat, sagt nach einem Treffen, zu dem Umweltminister Marcin Korolec im Rahmen des UN-Klimagipfels in Warschau Vertreter von Nichtregierungsorganisationen eingeladen hat, dass die Organisation eines Kohlegipfels und dessen Finanzierung durch die Wirtschaft eine Entartung der Idee des Klimagipfels sei. Der zweitägige Kohlegipfel soll in der kommenden Woche während des Klimagipfels stattfinden.
15.11.2013	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt das Rücktrittsgesuch von Transportminister Sławomir Nowak an. Hintergrund ist der Vorwurf der Warschauer Staatsanwaltschaft, dass Nowak seine Vermögenserklärung nicht vollständig abgegeben hat. Die Staatsanwaltschaft hat einen Antrag an die Generalstaatsanwaltschaft auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität Nowaks gestellt.
15.11.2013	In einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« kündigt Barbara Kudrycka, Ministerin für Wissenschaft und Hochschulwesen, ihren Rücktritt an. Ihr Plan, ihr Amt aufzugeben, habe gleichzeitig der Absicht von Ministerpräsident Donald Tusk entsprochen, die Regierung in Kürze umzubilden.
18.11.2013	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński eröffnet den zweitägigen Kohlegipfel, der parallel zum UN-Klimagipfel in Warschau stattfindet. Da ein Großteil der Energie in Polen aus Kohle gewonnen wird, würde eine Beschränkung dieses Sektors zur Verschlechterung der Gesamtwirtschaft und zur Destabilisierung des demokratischen Systems führen, warnt Piechociński.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wroclaw (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

FUNDACJA WSPÓŁPRACY POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)
Technische Gestaltung: Matthias Neumann
Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann
Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1863-9712 © 2013 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,
D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen